

UNGARN UND DIE DEUTSCHEN FREIHEITSBEWEGUNGEN IM JAHRE 1848

VON LADISLAUS TÓTH

Die an Kraft und Wirkung stets zunehmende politische Bewegung, die von der ungarischen Nation unter der Führung Stephan Széchenyis und Ludwig Kossuths für die verfassungsmäßige Freiheit, politische und wirtschaftliche Selbständigkeit im Jahre 1825 gegen das bestehende Regierungssystem begonnen wurde, schien sich im Frühjahr 1848 ihrem siegreichen Ende zu nähern.

Auf die Nachricht von der Pariser Revolution begannen die freiheitliebenden Völker gleichzeitig Aktionen, um den günstigen Augenblick zur Verwirklichung ihrer nationalen Bestrebungen auszunützen. Mit der in Ungarn und Italien aufflammenden Freiheitsbewegung begann auch die revolutionäre Gärung der deutschen Lage, zu der den Antrieb für das Gesamtdeutschum die im Grunde kleinbürgerliche Wiener Revolution vom 13. März gab, die zum völligen Sturz des Kanzlers Metternich und seines verhaßten reaktionären Systems führte. So schien sich gleichsam in einigen Tagen der in den Ideen der französischen Revolution wurzelnde Wunsch des europäischen Liberalismus zu verwirklichen, neben der neugeborenen liberalen französischen Republik ein einheitliches, von ähnlichem Geist erfülltes Italien zu sehen, vorläufig vielleicht noch in der Form eines Staatenbundes, dann ein die nationale Freiheit zurückgewonnenes, die Standesunterschiede beseitigendes, auf den Grundlagen des parlamentarischen Regierungssystems und der Rechtsgleichheit beruhendes Ungarn und schließlich ein Deutsches Reich, das die endgültige Form der völkischen und nationalen Einheit zunächst nur ahnen ließ.

Die Führer der nationalen Freiheitsbewegung wußten jedoch von Anfang an, daß die bisherigen Besitzer der Macht sich in ihren Sturz nicht fügen und bestrebt sein werden, die neuen Systeme, die sich auch sonst im Übergangsstadium revolutionärer Unsicherheit befanden, möglichst bald zu Fall zu bringen. Diese Erkenntnis veranlaßte die Führer der nationalen Bewegungen zum Plan, die gegenseitige politische, ja militärische Unterstützung der ihre Freiheit wiedergewonnenen Völker zu sichern.

Zur tragischen Entwicklung der Freiheitsbewegungen des Jahres 1848 gehörte indessen auch der Umstand, daß dieser Gedanke nur in äußerst geringem Masse verwirklicht werden konnte. Zwischen den Nationen, die ihre Selbständigkeit und ihre Handlungsfreiheit wiedergewonnen haben, bestanden Gegensätze, zu deren Überbrückung es einer ruhigeren europäischen Atmosphäre bedurft hätte. Die Frage des gemeinsamen Heereswesens und der gemeinsamen Außenpolitik zwischen Ungarn und Österreich blieb auch nach den Märzgesetzen ungelöst, und barg den Kern scharfer Gegensätze. Das Problem der weiteren Gestaltung der Beziehun-

gen Österreichs zum neuen Italien stellte wieder Fragen, die nicht nur das Verhältnis dieser beiden Länder, sondern auch die ungarisch-italienischen Beziehungen betrafen. Der Umstand aber, daß infolge der Ungeklärtheit der politischen Kräfteverhältnisse auch die Frage vorläufig völlig unbeantwortet blieb, in welchen Beziehungen Österreich zu dem geplanten neuen Deutschen Reich oder Staatenbund stehen wird, bestimmte wesentlich auch die Beziehungen Ungarns zu den in der ungarischen Frage nicht unmittelbar interessierten nordisch-deutschen Staaten, in erster Reihe zu Preussen. Im März des Jahres 1848 ergab sich schießlich auch die Frage, wie sich die Lage der mitteleuropäischen Slawen gestalten wird, in deren Beurteilung zwischen den Nationen, die die Freiheit mit gleicher Begeisterung feierten, wesentliche Gegensätze bestanden.

Dies alles deckt der Nachwelt klar die Ursachen auf, warum das einheitliche Auftreten der befreiten Völker gegenüber der Reaktion mißlang, dem Zeitgenossen aber blieben sie natürlich verborgen. Denn die befreiten Nationen unternahmen vom ersten Augenblick an Versuche, dieses politische Zusammengehen zu verwirklichen.

Auch die ungarische Regierung nahm, gleich nach Beginn ihrer Tätigkeit, den Ausbau ihrer ausländischen Beziehungen in Angriff.

Eine der ersten Fäden führte zum Frankfurter Parlament, das die nationale Einheit des Deutschtums vertrat.

Das aus fünfhundert geladenen und nichtgewählten Mitgliedern bestehende erste Parlament tagte nach den ersten Wellen der Revolutionen in Wien und Berlin vom 21. März bis zum 4. April 1848, es entschied sich nach schweren inneren Kämpfen für die monarchische Staatsform, und schrieb in allen deutschen Staaten die Wahlen für ein in Frankfurt tagendes und die deutsche nationale Einheit vertretendes Parlament aus. Das nationale Parlament des Deutschtums, das seine Tagungen am 18. Mai 1848 in der Frankfurter Paulskirche bei Glockenklängen und Kanonendonner begann, vereinigte in der Tat die hervorragendsten Vertreter des fortschrittlichen deutschen Geistes.

Auf dieses Frankfurter Parlament richtete sich das Augenmerk der ungarischen Regierung. Von diesem erwartete und erhoffte Ungarn die Festigung seiner Lage gegenüber dem von Wiener reaktionären Kreisen zu erwartenden und immer kräftiger werdenden Widerstand.

In der Tat konnten die verschiedenen, sich in rascher Reihenfolge abwechselnden österreichischen Regierungen das Verhältnis Ungarns und Österreichs, das die Märzgrundgesetze ungeregelt liessen, nicht nur wegen der schwerwiegenden grundlegenden Gegensätze, sondern auch wegen der Kürze der Zeit und der Unsicherheit der inneren Lage nicht ordnen. Übrigens war damals das Frankfurter Parlament, in das auch Österreich seine Vertreter entsandte, berufen, die deutsche Frage, auch Österreich mitinbegriffen, zu lösen. Daher wandte sich die Aufmerksamkeit der ungarischen Regierung im Mai 1848 der Paulskirche in Frankfurt zu.

Mit der österreichischen Regierung und dem kaiserlichen Hof verkehrte die ungarische Regierung über den persönlichen Hofminister des Herrschers. Obwohl dieser Verkehr des diplomatischen Charakters entbehrte, erhielt er durch den Umstand doch eine außenpolitische Färbung, daß dieser Posten mit dem Fürsten Paul Eszterházy besetzt wurde, der sich

als österreichischer Diplomat Verdienste erwarb, jedem revolutionären Geist fernstand und dessen Treue zur Dynastie zweifellos war. Neben ihm wirkte als Staatssekretär der hochgebildete und mit echtem politischen Scharfblick begabte Franz Pulszky.

Die Tätigkeit Eszterházy's und Pulszky's stützte sich jedoch auf eine ziemlich wankende Grundlage. Die Politik des Hofes war immer mehr bestrebt, die Märzverfassungen sowohl in Ungarn als auch in Österreich wieder zu beseitigen und an ihre Stelle einen erstarkten fürstlichen Absolutismus zu setzen. Andererseits besaßen die sich rasch abwechselnden österreichischen Regierungen viel zu wenig wirkliche Macht, um gegen den Willen des Hofes unmittelbar mit der ungarischen Nationalregierung eine Verständigung und ein Abkommen suchen und treffen zu können. Diese verwickelten Umstände erklären, daß die aus derselben revolutionären Bewegung hervorgegangenen österreichischen und ungarischen Regierungen sich trotz ihrer Lebensinteressen nicht einigen konnten.

Die ungarische Regierung hatte die Absicht, das Verhältnis Ungarns zum Deutschtum möglichst von Österreich unabhängig zu lösen, und wandte sich somit an das Frankfurter Parlament. Daher beschloß sie bereits am 14. Mai 1848, also vier Tage vor dem Zusammentritt dieses, Delegierte nach Frankfurt zu entsenden. Ihre Wahl fiel auf Dionys Pázmány und Ladislaus Szalay. Von den beiden vertrat Pázmány den von Übertreibungen nicht ganz freien revolutionären Geist. Der Auftrag entsprach seinem Wesen schon aus diesem Grunde nicht; seine unruhige Seele sehnte sich nach Hause und nach einigen Wochen kehrte er in der Tat nach Ungarn zurück, um im ersten Volksparlament den Vorsitz des Abgeordnetenhauses zu übernehmen. Ladislaus Szalay war dagegen ein gelehrter Kopf, zweifellos einer der gebildetesten Persönlichkeiten seiner Zeit, ein nüchterner Charakter und weiser Mensch, der seine nicht gerade leichte Aufgabe mit der überlegenen Sicherheit des Gelehrten erfüllte. Das Betrauungsschreiben des Palatins und königlichen Statthalters Erzherzog Stefan für die beiden Delegierten war vom 14. Mai datiert. Der Zweck ihrer Entsendung wird darin in dem Sinne zusammengefaßt, daß ihre Aufgabe der Ausbau verteilhafter politischer und wirtschaftlicher Beziehungen zwischen dem ungarischen und deutschen Staat sei. Die Weisung, daß die Delegierten vor dem Antritt ihrer Reise nach Frankfurt mit dem Hofminister, dem Fürsten Paul Eszterházy sowie über ihn auch mit der österreichischen Regierung zwecks gegenseitiger Orientierung in Verbindung zu treten haben, entsprach ganz dem Geiste der Verfassungsmäßigkeit. Ergänzt wurde diese Weisung durch ein von demselben Tag datiertes weiteres Schreiben des Erzherzog-Palatins, wonach die Delegierten bindende Abmachungen nur mit Zustimmung Seiner Majestät oder des königlichen Statthalters treffen könnten, die ministeriell gegenzuzeichnen seien und sich in jeder Hinsicht an die Weisungen des ungarischen Ministerrats zu halten hätten.

Schließlich erhielten Szalay und Pázmány auch von der ungarischen Regierung eine Weisung, die ihren Auftrag interessant beleuchtet. Es sei wohl möglich, daß sich das zukünftige Schicksal Österreichs in Frankfurt entscheiden werde, daher müsse Ungarn dahin eine Vertretung entsenden.

Die Delegierten sollen der Sympathie Ungarns zum deutschen Volk Ausdruck geben und bestrebt sein, das Parlament zu überzeugen, daß eine starke ungarische Nation der sicherste Bundesgenosse des Deutschtums sein werde. Ungarn könne jedoch nur dann ein starker Verbündeter sein, wenn es sich im Geiste der ungarischen Nationalidee weiterentwickelt, dies möge das Frankfurter Parlament vor Augen halten, wenn es in der auch Ungarn betreffenden österreichischen Frage entscheidet. Die Delegierten mögen die Frankfurter Abgeordneten davon überzeugen, daß Ungarn im Deutschen Reich nicht aufgehen könne, und erklären, daß Ungarn peinlich betroffen wäre, wenn die österreichische Monarchie in der Weise umgestaltet werden würde, daß aus einzelnen, bis dahin zum Deutschen Bund gehörenden Staaten — hier zielt die Weisung klar auf Böhmen und Mähren — slawische Staaten geschaffen würden. Diese slawischen Staaten könnten bald eine deutschfeindliche Haltung einnehmen und würden nur den russischen Einfluß in Westeuropa stärken. Sollte Deutschland zum eigenen und zum Schaden Ungarns dieses slawische Vordringen in Mitteleuropa dennoch unterstützen, so wäre Ungarn gezwungen, seine Verbündeten außerhalb Deutschlands zu suchen. Ungarn könne zwar in die Zollunion der deutschen Staaten nicht eintreten, aber auch in Wirtschaftsfragen werde die Herstellung eines guten politischen Verhältnisses maßgebend sein.

Die Beauftragung der ungarischen Delegierten und die ihnen gegebenen Weisungen teilte Fürst Paul Eszterházy unverzüglich der österreichischen Regierung mit. Ministerpräsident Baron Pillersdorfer antwortete ihm am 20. Mai, daß die österreichische Regierung gegen diese Weisungen nichts einzuwenden habe.

Unter solchen günstigen Vorzeichen traten Szalay und Pázmány ihre Reise nach Frankfurt an, wo sie gleich nach ihrer Ankunft ersuchten, vom Vorsitzenden der Nationalversammlung empfangen zu werden, um ihr Beglaubigungsschreiben zu überreichen. Der Vorsitzende der Nationalversammlung, Baron Heinrich Gagern empfing sie am 25. Mai morgens 9 Uhr; dieser Akt verlief, wie Szalay erwähnt, herzlich und der Größe der deutschen Nation würdig. Über die Ziele der ungarischen Abordnung unterrichtete Baron Gagern noch am selben Tage die Nationalversammlung, in der diese Mitteilung freudige Aufmerksamkeit erregte.

Die ungarischen Delegierten konnten indessen ihrem Ziel in Frankfurt nur sehr schwer näherkommen. Die kritische Lage in Europa und die ständige innere Krise des Frankfurter Parlaments machten das Zustandekommen einer bindenden, dauerhaften Abmachung zwischen Ungarn und dem die deutsche Einheit vertretenden Parlament unmöglich. Diese Ergebnislosigkeit und wohl auch die aus Ungarn eintreffenden beunruhigenden Nachrichten verstimmten die ungarischen Delegierten, so daß Dionysis Pázmány Ende Juni nach Ungarn zurückkehrte. Szalay aber blieb auch weiterhin in Frankfurt, in der Hoffnung, daß er bald Gelegenheit haben wird, in der Sache der ungarisch-deutschen Freundschaft Ergebnisse aufzuweisen. Diese Hoffnung nährte die Sympathie, die Ungarn bei allen Parteien des Frankfurter Parlaments genoß. Als der Abgeordnete Möring am 22. Juli über die internationale Lage sprach, machte er den Vorschlag, daß das zentrale deutsche Regierungsorgan, an dessen Spitze am 29. Juni

als Reichsverweser Erzherzog Johann gewählt wurde, ohne Zögern die notwendigen Maßnahmen zum Abschluß eines Bündnisses mit Ungarn treffen möge. Der Vorschlag Mörings wurde mit einhelliger Begeisterung aufgenommen und die Mitglieder der Nationalversammlung begrüßten den Gedanken eines Bündnisses mit Ungarn dadurch, daß sie sich von ihren Plätzen erhoben.

Inzwischen trat auch der ungarische Reichstag zusammen und billigte die Tätigkeit der Frankfurter Delegierten einstimmig. Als aber die Nachricht eintraf, daß der Gedanke des Bündnisses mit Ungarn in Frankfurt einhellige begeisterte Aufnahme fand, unterbreitete Stefan Gorove am 3. August dem ungarischen Abgeordnetenhaus den Vorschlag, das Haus möge bei Erklärung seiner aufrichtigen Sympathie beschliessen, daß es den Abschluß eines aufrichtigen deutsch-ungarischen Bündnisses wünsche. Für den Vorschlag sprach Graf Ladislaus *Teleki*, der die Einbeziehung der österreichischen Erbländer in das einheitliche deutsche Reich wünschte, in der Weise, daß Ungarn mit diesem in ein enges Bündnis treten möge. Auch aus den Worten Telekis klang die Besorgnis vor einem deutsch-russischen Bündnis heraus, das, wenn es verwirklicht werden sollte, ein Verrat nicht nur an der Sache Deutschlands oder Österreichs, sondern der gesamten Menschheit würde. Nach Teleki sprach Kossuth begeistert über das Bündnis der ungarischen und der deutschen Nation, dann faßte das Abgeordnetenhaus den Beschluß, in dem die Regierung ermächtigt wurde, die Verhandlungen über das ungarisch-deutsche Bündnis fortzuführen. Zugleich erklärte das Haus im Namen der ungarischen Nation, daß wenn die österreichische Regierung wegen der deutschen Einheit mit der Frankfurter zentralen Regierungsbehörde in einen Krieg verwickelt werden würde, Österreich in diesem Fall nicht auf die Unterstützung Ungarns rechnen könnte.

Die Angelegenheit des ungarisch-deutschen Bündnisses fand somit in den Parlamenten begeisterte Aufnahme, aber es fehlte noch die Stellungnahme der Frankfurter zentralen Regierungsbehörde. Nach der Wahl Erzherzog Johanns zum Reichsverweser ersuchte Szalay um ein neues Betrauungsschreiben zur Frankfurter zentralen Regierungsbehörde, das ihm am 19. Juli durch den Erzherzog-Palatin mit ministerieller Gegenzeichnung auch gewährt wurde. Als Erzherzog Johann am 10. August die Reichsregierung bildete, meldete Szalay seine Betrauung bereits am nächsten Tag dem Außenminister Hekscher, und teilte in einer Note vertraulich mit, wie sehr sich die ungarische Regierung freuen würde, wenn die Frankfurter zentrale Regierungsbehörde einen ständigen Gesandten nach Pest ernennen wollte. Szalay teilte zugleich mit, daß er für diese Würde den Fürsten Felix Lichnowsky als besonders geeignet betrachtet. Der Fürst, der einige Wochen später, am 18. September in der Frankfurter Revolution um sein Leben kam, war mütterlicherseits ungarischer Abstammung, Enkel des Grafen Karl Zichy, und stand mit mehreren Mitgliedern der ungarischen Regierung in freundschaftlichem Verhältnis, so daß er in der Tat die geeigneteste Persönlichkeit für die Leitung der deutschen Gesandtschaft in Ungarn war.

Die Übergabe der Beglaubigungsschrift Szalays ging indessen nicht glatt vor sich. In der Reichsregierung wurden gegen die Anerkennung der

Gesandtenbetrauung Szalays und überhaupt gegen die unmittelbaren diplomatischen Beziehungen zu Ungarn Stimmen laut. Als dies Szalay erfuhr, wandte er sich bereits am 12. August an den Vorsitzenden der Reichsregierung, Fürst Karl Leiningen und klärte in einer mit glänzender Dialektik verfaßten Denkschrift die Frage, daß der Erzherzog-Palatin als königlicher Statthalter berechtigt gewesen sei, mit ministerieller Gegenzeichnung selbständige Gesandtschaften in fremde Staaten zu entsenden.

Die Note Szalays wirkte, denn Außenminister Hekscher verständigte ihn am 24. August, daß Reichsverweser Erzherzog Johann sein Beglaubigungsschreiben am 26. August in feierlicher Form übernehmen werde. In der Audienz hielt Szalay eine feierlich gestimmte Ansprache über die Notwendigkeit eines deutsch-ungarischen Bündnisses. Er war nun bestrebt, die günstige Gelegenheit auszunützen und pflegte seine Beziehungen zu Außenminister Hekscher eifrig, um diesen zu überzeugen, daß in Ungarn keine deutschfeindliche Stimmung vorhanden sei. Umso unverständlicher sei es — sagte er, — daß sich deutsche Zeitungen finden, von denen der serbische Aufruhr in Südungarn geradezu gerühmt wird. Die ungarische Nation sei um jeden Preis bestrebt, zu den Slawen, in erster Reihe zu den Kroaten ein gutes Verhältnis zu schaffen. Dies könne aber beiderseits nur mit friedlichen Mitteln erreicht werden. Der von Jellachich organisierte kroatische Volksaufruhr sei nur ein Mittel der Reaktion, und der Beginn der Gegenrevolution, der bei den Grenzen Ungarns nicht Halt machen werde. Die Regelung der Staatsschuldenfrage zwischen Ungarn und Österreich sei ein politisches Problem, möglich, daß darin der ungarische Reichstag aus politischen Gründen nachgeben werde, obwohl er hiezu von Rechts wegen nicht verpflichtet werden könne.

Die schwerer gewordene innere Lage Ungarns veranlaßte Szalay zu einer neuen Aktion. Am 5. September richtete er an Außenminister Hekscher eine neue Note. In dieser drängte er darauf, daß je eher ein deutscher Gesandter nach Ungarn ernannt werde, damit der Bündnisvertrag abgeschlossen werden könne. Dieser Vertrag soll sich nicht nur auf Zoll- und Handelsbegünstigungen erstrecken, sondern auch politische Abmachungen enthalten. Szalay unterbreitete auch diesbezügliche Vorschläge. Deutschland und Ungarn verpflichten sich, zur Verteidigung ihrer Grenzen ein Heer von höchstens 100.000 Mann zu entsenden, falls einer von ihnen durch die slawischen Mächte, oder durch ein mit diesen verbündetes Land angegriffen werden würde. Das Hilfsheer dürfe auf keinen Fall zur Unterdrückung der Volksfreiheit verwendet werden.

Diese Vorschläge Ladislaus Szalays hatten zunächst nur mehr theoretischen Wert; mit ihrer Verwirklichung konnte in der äußerst schwierig gewordenen Lage Ungarns und der deutschen Zentralregierung nicht mehr gerechnet werden.

Mitte September unterbreitete noch der Würzburger Abgeordnete Eisenmann im Parlament einen Vorschlag, daß nach Ungarn ein Gesandter ernannt werde, da ein starkes und blühendes Ungarn in erster Reihe das Interesse des deutschen Reiches sei. Die Reaktion drang jedoch bereits mit großen Schritten vor. Zur gleichen Zeit, als die kroatischen Nationalwachen Jellachichs die Drau überschritten, begann — wie Ladislaus Szalay voraussagte — die Reaktion auch in Frankfurt den Kampf. Er begann

mit der Note, die Außenminister Hekscher am 15. September an Szalay richtete. Danach betrachtete die Reichsregierung die Gesandtentätigkeit Szalays als beendet, da sein Beglaubigungsschreiben vom Erzherzog-Palatin als königlichem Statthalter unterzeichnet worden sei, der König jedoch diese Betrauung vom Erzherzog am 14. August zurücknahm; nach der Auffassung der Reichsregierung habe somit die Geltung des Betrauungsschreibens Szalays gleichfalls aufgehört, oder er müßte sich vom König ein neues Beglaubigungsschreiben verschaffen.

Während Szalay in seiner Antwortnote vom 17. September glänzende Rechtsargumente zur Widerlegung der Auffassung des Außenministers anführte, traten auch im Schicksal der deutschen Reichsregierung und des Frankfurter Parlaments entscheidende Ereignisse ein. Das Ministerium Leiningen dankte ab, an seine Stelle trat nach einer langen Krise ein Ministerium unter dem Vorsitz des Österreicherers Anton Schmerling, in dem sich dieser auch das Portefeuille des Außenministers vorbehielt. Die Frankfurter Revolution vom 18. September stärkte aber gerade durch ihre Erfolglosigkeit innerhalb des Parlamentes die reaktionären Kreise.

Von der völlig veränderten Lage zeugte die Note Schmerlings vom 1. Oktober an Szalay. Schmerling nahm bereits auf die Mitteilung der österreichischen Regierung vom 22. September Bezug, wonach Seine Majestät die Entsendung einer selbständigen ungarischen Gesandtschaft mißbillige, da nur das österreichische Außenministerium befugt sei Ungarn im Ausland zu vertreten. Daher — schrieb Schmerling nachdrücklich — werde er nur dann in der Lage sein, Szalay als Gesandten anzuerkennen, wenn dieser ein Beglaubigungsschreiben Seiner Majestät vorlege.

Szalay debattierte noch in einer wortkargen Note vom 4. Oktober mit der Auffassung Schmerlings, bezw. mit der hinter ihm stehenden österreichischen Politik und bezeichnete diese als einen Angriff gegen die ungarischen Gesetze vom 11. April. Die weitere Polemik hielt er jedoch selbst für unmöglich; daher berief er sich darauf, daß er von seiner Regierung neue Weisungen einholen werde. Damit endete die Tätigkeit der ungarischen Gesandtschaft bei der deutschen zentralen Regierungsbehörde und dem Reichsministerium ein Ende. Einige Tage später verließ Szalay Frankfurt endgültig.

Zur gleichen Zeit, als die Frankfurter Mission Szalays endete, tauchte in Wien noch einmal die Idee einer auf ungarisch-deutscher Schicksalsgemeinschaft beruhenden Zusammenarbeit auf. Die Wiener Liberalen, vor allem die Hochschuljugend, sympathisierten stets mit Ungarn. Bereits zu Beginn des Monats September, auf die Nachricht vom Feldzug Jellachichs begann in Wien die Werbung für eine Legion, um Ungarn zur Hilfe zu eilen. Die Ungarnfreundlichkeit der liberalen Hochschuljugend verschärfte sich am 6. Oktober zu einer Revolution, als die Hochschüler und das sich ihnen anschliessende Wiener Volk mit Waffen verhinderten, daß das kombattante österreichische Militär gegen Ungarn und zur Unterstützung Jellachichs aufbreche. Im Laufe der Unruhen büßte auch Kriegsminister Latour sein Leben ein. Der Wiener Stadtmagistrat, auf den sich nach Verdrängung der kaiserlichen Truppen die Sorge der Verwaltung der Hauptstadt wälzte, stand den Ereignissen ziemlich ratlos gegenüber.

Damals traf Franz Pulszky im Auftrage Kossuths in Wien ein, und blieb bis Ende September an der Seite des Fürsten Paul Eszterházy als Staatssekretär. Er war beauftragt, die provisorische Wiener Regierung zu überreden, das ungarische Heer zur Hilfe zu rufen. Pulszky war ein geschickter Diplomat und verfügte in Wien auch über gute Beziehungen, konnte aber trotzdem keinen Erfolg erzielen. Selbst der Führer der Wiener Revolution, Messenhauer war nicht geneigt, die Herbeirufung der ungarischen Truppen vorzuschlagen, da er das Schicksal Wiens nicht mit dem des ungarischen Freiheitskampfes verknüpfen wollte. In der Lage trat auch dann keine Änderung ein, als in Wien einer der Oppositionsführer des Frankfurter Parlamentes, Robert Blum, eintraf; auch dieser lehnte es ab, für die Herbeirufung der ungarischen Heere einzutreten. Durch diese Untätigkeit verurteilte sich die Wiener Revolution selbst zum Tode. Die kaiserlichen Truppen konnten Wien ungehindert einkreisen und Ende Oktober ergab sich das revolutionäre Wien dem Heer von Windischgraetz freiwillig. Als die ungarischen Truppen am 28. Oktober Schwechat erreichten, war die Wiener Revolution bereits niedergeworfen, und die Reaktion wurde zum unerbittlichen Herrn der Stadt. Nur einem Teil der akademischen Legion gelang es, nach Ungarn zu flüchten, wo er für die Ideale der Volksfreiheit weiterkämpfte.

Geschichtliche Kräfte und gegensätzliche politische Interessen wirkten zusammen, daß es weder in Frankfurt, noch in Wien gelang, die tatkräftige ungarisch-deutsche Zusammenarbeit zu verwirklichen. Ungarn mußte dies mit der erzwungenen Aufopferung seiner Freiheit, das deutsche Volk aber mit dem Aufschub der Schaffung der so sehr gewünschten Einheit bezahlen.